



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

φ.: Die officiöse Presse.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die officiöse Presse.

Die Hartnäckigkeit, mit der fast alle deutschen Regierungen daran festhalten, ihren officiösen Zeitungen ein kümmerliches Dasein zu fristen, zeigt, wie wenig sie sich die Grundideen des repräsentativen Lebens zu eigen gemacht haben.

Zwar kann es nicht Wunder nehmen, daß in Staaten wie in Hannover und Hessen, wo die Regierungen vollkommen von der Bevölkerung isolirt sind, das Ministerium sich bemüht, die öffentliche Meinung zu bearbeiten, aber daß man in Preußen auch unter einem liberalen Ministerium fortfuhr, von oben herab jeden Act der Regierung in einer abhängigen Zeitung zu vertheidigen, muß billig Wunder nehmen und auf große Unklarheit über die Bedeutung und den Einfluß der Presse in unsrer Zeit schließen lassen.

Man nimmt eine Zeitung in die Hand, theils um neue Thatsachen zu erfahren, theils um ein Urtheil über bereits bekannte Dinge zu hören. Das Ansehen, das ein Blatt genießt, steht im Verhältniß zu der Zuverlässigkeit seiner Nachrichten, dem Geschick, mit dem es geleitet wird, der Begabung seiner Mitarbeiter, seiner Verbreitung und manchen andern nebenfächlichen Bedingungen. Vor allem andern aber verlangt das Publicum von einem Blatt, das öffentliche Interessen bespricht, Unabhängigkeit. Dies heißt natürlich nicht Parteilosigkeit. Im Gegentheil, jede Zeitschrift von Bedeutung muß in einem entwickelten politischen Leben Parteifarbe tragen. Sogar das einzige große europäische Journal, welches als unparteiischer internationaler Sprechsaal gegründet wurde, die *Indépendance Belge* nimmt in allen bedeutenden Fragen ganz bestimmt Partei. Die Unabhängigkeit, die man verlangt, geht nur auf die Regierung. Jede Regierung soll natürlich eine bestimmte Meinung haben und diese auch geltend machen; am besten geschieht dies immer durch ihre Handlungen, und will sie diese vor einem größern Kreise erklären oder vertheidigen, so bieten sich dafür die parlamentarischen Verhandlungen, für die auswärtige Politik Depeschen und Circulare, denen man beliebige Oeffentlichkeit geben kann, endlich die amtliche Zeitung, welche die Ernennungen, Gesetze und Verordnungen veröffentlicht. Eine ganz andre Stellung aber nimmt sie ein, wenn sie in den Kampf der Presse hinabsteigt und ihre Stimme zu ihren eignen Gunsten, zu ihrer Vertheidigung erhebt. Das politische Publicum will wol die Ansicht der Regierung wissen, aber nicht diese, sondern die, welche die Re-

gierung der Welt beibringen möchte, erfährt man aus einer officiösen Zeitung, und grade gegen diese Anmaßung der Machthaber, die öffentliche Meinung von einem Tage zum andern zu machen, sträubt sich das Publicum, indem es weiß, daß die Regierung durch ein Organ spricht, welches sich den Anschein der Unabhängigkeit gibt und derselben doch ganz entbehrt, weil es aus öffentlichen Kassen unterstützt wird.

Wer Geld empfängt, übernimmt damit die Verbindlichkeit einer Gegenleistung, in diesem Falle also diejenige, alle Handlungen der Regierung unter allen Umständen zu vertheidigen. Herausgeber und Mitarbeiter empfangen vom Staate einen festen Gehalt, wie ein Steuereinnehmer oder ein Offizier. Diese Abhängigkeit bleibt gleich für gute oder schlechte Schriftsteller. Jede officiöse Feder begegnet der stillschweigenden Voraussetzung der Gesinnungslosigkeit und Abhängigkeit, dieselbe mag größer oder geringer sein, je nachdem die Regierung Achtung verdient oder nicht, aber in einem gewissen Grade wird sie immer da sein. Tadeln dürfen officiöse Schreiber nichts von dem, was die Regierung thut, und verbietet ja einem derselben sein Gewissen, etwas zu vertreten, so kann er nur seine Entlassung geben. Sieht einer der Minister selbst ein, daß er sich geirrt, so darf das officiöse Organ dies doch niemals zugeben, sondern muß suchen es pflichtschuldigst todzuschweigen, oder in der Stille die entsprechende Schwenkung zu machen und zu thun, als ob nichts vorgefallen wäre.

Eine solche Stellung ist offenbar für jeden Mann, der noch auf Charakter Anspruch macht, so drückend, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn nur höchst selten tüchtige Köpfe sich zu den mit ihr verbundenen Demüthigungen verstehen, und so wird die an sich schon schiefe Aufgabe der officiösen Presse auch schlecht gelöst, indem sich ihr nur solche Federn zu Gebot stellen, welche von den bedeutendern unabhängigen Blättern zurückgewiesen sind.

Man betrachte nur die officiöse Presse in Preußen. Das Personal der Sternzeitung war unter Herrn v. Auerswald so unselbständig wie die zweideutigen Literaten, welche die schmutzige Wäsche des Herrn v. Manteuffel und Hinkeldey zu besorgen hatten. Unter der Regentschaft war kein Odmütz zu vertheidigen und kein Depeschendiebstahl zu vertuschen, aber doch jede Halbheit und Schwäche der Minister als vorbedachte Weisheit zu vertheidigen. Als Herr v. Manteuffel schon die Absicht des Regenten, das Ministerium zu entlassen, kannte, ließ er noch durch die „Zeit“ erklären, es sei an seinen Rücktritt nicht zu denken; gleich darauf verstummte sein gefügiges Mundstück, um als Preussische Zeitung wieder aufzuleben. Als solche war es denn berufen, alles das zu loben, was früher von oben herab verfolgt war, und die Männer, welche vorher allen polizeilichen Chikanen ausgefegt waren, als die wahren Freunde geseglicher Freiheit zu preisen. Als nun das neue Ministerium zuerst

in der auswärtigen Politik in ein unstetes Schwanken gerieth, mußte diese Unentschiedenheit officiös bemäntelt werden, und nach dem Frieden von Villafranca gab sich in den officiösen Spalten das als tief sinnige Friedens- und Neutralitätspolitik, was in Wahrheit nur der Ausfluß vollständiger Rathlosigkeit und des Widerstrebens verschiedener Ansichten in der Regierung war. Nach dem Badner Fürstentag erschien Preußen der officiösen Zeitung auf der Höhe des Ruhmes, die Einheit Deutschlands gesichert; nachher aber ward sie plötzlich still, und fand nachträglich, daß die Zusammenkünfte von Teplitz und Warschau noch für dasselbe Ziel nothwendig waren.

Als die Unthätigkeit der Regierung die Opposition in der Kammer wachrief, mußte die Preussische Zeitung, die sich nunmehr „Allgemeine“ nannte und mit einem Wappenstern versehen war, die unruhigen Köpfe vermahnen, die Fortschrittspartei als landesfeindlich hinstellen und erklären, daß wenn die Abgeordneten die Regierung drängen wollten, ihnen die Reform homöopathisch zugemessen werden solle. Als der gute Rath nicht half und nach dem Hagenschen Antrag die liberalen Minister in die Auflösungsfalle ihres Collegen v. d. Seydt gegangen waren, durfte die Sternzeitung jene Intrigue natürlich nicht erklären, sondern schwieg sich über die Entlassung würdevoll aus, bedrohte aber die Bevölkerung auf das stärkste, wenn sie wieder Fortschrittsleute zu ihren Vertretern auserwähle. Sehr ungelegen kam der Brief des Finanzministers mit seinen Erläuterungen, wie man „den Schein zu retten“ habe; nun mußte das unglückliche Blatt alle die Maßregeln, die es früher als den Ruin der preussischen Finanzen hingestellt, als fürsorgende Weisheit einer väterlichen Regierung schildern, erklärte aber freilich nicht, weshalb jetzt die Aufhebung der Zuschlagsteuern und die Specialisirung des Budgets gefahrlos sei, während der Erfolg des Hagenschen Antrags wenige Wochen zuvor mit Auflösung bestraft wurde.

Die letzten Wochen boten uns noch in der hessischen Frage ein widersprechendes Schauspiel ähnlicher Art, bei dem das enfant terrible der Feudalen, das Rathusflusche Volksblatt naïv erklärte, daß es die preussische Opposition für weit berechtigter halte, als die hessische.

Wir glauben, diese Beispiele zeigen zur Genüge, daß eine solche Presse der Regierung nicht nützt, sondern sie nur compromittirt. Sie thut letzteres aber auch noch in anderer Beziehung.

In unsern Tagen ist eine der Hauptbedingungen für ein bedeutendes Blatt, gute auswärtige Correspondenzen zu haben; diese aber müssen nothwendig von einem bestimmten Standpunkt geschrieben sein und daher Lob oder Tadel über auswärtige Regierungen aussprechen. Kritisirt aber ein officiöses Blatt Maßregeln anderer Regierungen, so machen dieselben den Minister dafür verantwortlich, von dem das Blatt abhängt. Herr Thouvenel mag noch so bestimmt erklären, Constitutionel, Patrie und Pays seien unabhängige Blätter,

das diplomatische Corps glaubt es ihm doch nicht, und der Euphemismus, mit dem sich jene bezahlten Schreiber „indépendants mais dévoués au Gouvernement“ nennen, täuscht niemand.

Ist der officiöse Charakter eines Journals einmal bekannt, und er wird es sogleich, so kann sich die Regierung nur durch die äußerste Farblosigkeit in den Correspondenzen einigermaßen vor unbequemen Reclamationen retten. Es wird uns erzählt, daß ein Minister so weit gegangen, seinem Redacteur Vorwürfe darüber zu machen, daß er Garibaldi so schnell vorrücken lasse. Der erstaunte Unglückliche wendete schüchtern ein, daß er doch nicht Meister der Bewegungen der italienischen Freischaaren sei und doch die einlaufenden Telegramme geben müsse. „Dann warten Sie wenigstens einige Tage damit“, war die ungnädige Antwort.

Mit alledem soll natürlich keineswegs gemeint sein, daß sich die Regierung in unsrer Zeit nicht um die Presse zu bekümmern hätte. Im Gegentheil, je mehr sie sich in einem freien Staate auf lebendige politische Parteien stützt, destomehr muß sie wünschen, auch literarisch tüchtig vertreten zu sein, es mag daher und wird gewiß immer ministerielle Blätter geben, aber es soll keine Regierungsblätter, d. h. von der Regierung mit Geldmitteln unterstützte Presse geben, ausgenommen das Gesetzblatt. Jederman weiß, daß die Morning Post das Blatt von Lord Palmerston ist, aber sie vertheidigt das Ministerium eben nur so lange, als er an seiner Spitze steht und greift Lord Derby sofort an, wenn ihn dieser am Ruder ablöst; die Opinions war in eben der Art Cavour's Organ.

Die officiöse Regierungspresse ist etwas Undeutsches, Frankreich Nachgeahmtes. Wie im vorigen Jahrhundert jeder kleine deutsche Fürst sein Versailles und Marty haben wollte, so scheint es jetzt für den Glanz des Hofes nöthig, ein Leibblatt für die Vertheidigung der Allerhöchsten Flachsenfingenschen Politik zu haben. Nur wenige Regierungen haben sich von diesem unnützen Luxus freigehalten. Jene Blätter aber fristen ein würdeloses Dasein, und wir können im Interesse unserer politischen Bildung nur wünschen, daß nicht ferner öffentliche Gelder für sie verwandt werden. ¶